Antrag

Stadt Karlsruhe
Der Oberbürgermeister

Vorlage Nr.: 2025/0619

Eingang: 23.06.2025

Antrag auf Durchführung einer Einwohnerversammlung zum Doppelhaushalt 2026/2027
Antrag: Die Linke

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	29.07.2025	31	Ö	Kenntnisnahme

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat beschließt die Durchführung einer Einwohnerversammlung gemäß § 20a Abs. 1 GemO, um vor der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2026/2027 den Stand der Haushaltsentwürfe transparent darzustellen, Fragen der Bürger*innen zu beantworten und ggf. Anregungen aus der Bevölkerung aufzunehmen. Die Einwohnerversammlung ist im Herbst diesen Jahres mit Unterstützung und unter der Anleitung des Büros für Mitwirkung und Engagement durchzuführen.

Mit Beschluss des Gemeinderats wird die Stadtverwaltung beauftragt, die Einwohnerversammlung innerhalb der gesetzlichen Frist von drei Monaten nach Antragstellung anzuberaumen.

Begründung:

Gemäß § 20a Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg soll der Gemeinderat wichtige Gemeindeangelegenheiten mit den Einwohner*innen erörtern – in der Regel einmal im Jahr. Der Doppelhaushalt 2026/2027 stellt eine solche wichtige Gemeindeangelegenheit dar, insbesondere unter dem Eindruck der Haushaltssicherung und den anstehenden Haushaltskürzungen. Der Doppelhaushalt beeinflusst maßgeblich, welche Maßnahmen, Leistungen, Investitionen und Projekte Priorität bei der Verteilung der finanziellen Ressourcen erhalten. Es handelt sich also um ein zentrale finanzielle Weichenstellung, die für die Einwohner*innen dieser Stadt berechtigterweise von großem Interesse ist. Als Instrument der Bürgerbeteiligung kann die Einwohnerversammlung zunächst Transparenz hinsichtlich der Entscheidungen des Gemeinderats und der Stadtverwaltung schaffen. Eine uninformierte Bürgerschaft ist eher geneigt, auf politische Entscheidungen mit Unverständnis, Sorge und Wut zu reagieren. Politikverdrossenheit oder im schlimmsten Fall Demokratiefeindlichkeit sind unter anderem Folgen von zu wenig oder schlechter Kommunikation über anstehende politische Entscheidungen. Dies gilt es zu vermeiden, indem gerade anstehende Haushaltskürzungen frühzeitig transparent gemacht werden.

Weiterhin dient die Einwohnerversammlung dem aktiven Austausch zwischen Stadtverwaltung und Bürgerschaft. Einwohner*innen sollen hier nicht nur informiert werden, sondern sich in Entscheidungsprozesse einbringen können. Niedrigschwellige Möglichkeiten zum Hinterfragen, zum gemeinsamen Suchen nach Alternativen und zum kontroversen Diskurs schaffen ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für unser Gemeinwesen sowie eine Förderung der Akzeptanz von Entscheidungen.

Unterzeichnet von:
Tanja Kaufmann

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

Anne Berghoff
Franziska Buresch